

11 C 391/09



Verkündet durch Zustellung
an Kläger-Vertreter am:
an Beklagten-Vertreter am:

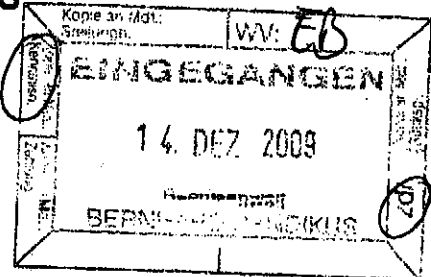
als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

Amtsgericht Mülheim an der Ruhr

IM NAMEN DES VOLKES

Urteil

In dem Rechtsstreit



CXII - 00195

der [redacted], gesetzlich vertreten durch Director [redacted] **PLER**

Klägerin,

Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt [redacted]

gegen

Herrn [redacted]

Beklagten,

Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwälte [redacted]

hat das Amtsgericht Mülheim an der Ruhr
im schriftlichen Verfahren gemäß § 495 a ZPO
am 08. Dezember 2009
durch die Richterin am Amtsgericht [redacted]

für Recht erkannt:

Der Vollstreckungsbescheid des Amtsgerichtes Hünfeld vom 09.20.2009
[REDACTED] wird aufrechterhalten, wegen der vorgerichtlichen
Mahnkosten jedoch nur in Höhe von 2,00 €. Wegen den darüber
hinausgehenden Mahnkosten wird der Vollstreckungsbescheid aufgehoben und
die Klage abgewiesen.

Der Beklagte trägt die weiteren Kosten des Rechtsstreits.

Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar.

Von der Darstellung des Tatbestandes wird gemäß § 313 a ZPO abgesehen.

Entscheidungsgründe:

Der Beklagte hat gegen den Vollstreckungsbescheid des Amtsgerichts Hünfeld
fristgemäß Einspruch eingelegt.

Auf den Einspruch war der Vollstreckungsbescheid im Wesentlichen
aufrechtzuerhalten, denn die Klage ist zulässig und begründet.

Das Gericht hat dabei den Zahlungsantrag der Klägerin vom 01.06.2009 in einen Antrag
auf Aufrechterhaltung des Vollstreckungsbescheides ausgelegt, denn es ist
anzunehmen, dass die Klägerin einen zulässigen Antrag stellen will.

Die Klägerin kann von dem Beklagten Zahlung von 59,95 € aus §§ 611, 398 BGB
verlangen.

Der Beklagte hat mit der Firma [REDACTED] mit Sitz in [REDACTED] über das
Internet einen Vertrag geschlossen, nach dem er für einen Zeitraum von 6 Monaten den
Online Zugang zu einer speziellen Suchmaschine für [REDACTED] erhielt. Hierfür haben
die Vertragsparteien eine Vergütung von 59,95 € vereinbart.

Der Vertragsschluss erfolgte über das Internetportal [REDACTED], das von
der Firma [REDACTED] betrieben wird. Das Impressum dieser Internetseite weist
auch auf diese Firma hin.

Entgegen der Auffassung des Beklagten ist in dem Internetangebot auch mit

hinreichender Deutlichkeit auf die für die Inanspruchnahme des Angebotes zu zahlende Vergütung von 59,95 € hingewiesen worden.

Die Anmeldemaske enthält unten einen entsprechenden Hinweis, wobei der Preis durch Fettdruck hervorgehoben worden ist.

Der Vertrag ist nicht durch einen Widerruf des Beklagten unwirksam geworden. Dem Beklagten stand ein Widerrufsrecht nicht zu, denn der Beklagte ist kein Verbraucher. Der Beklagte übt unter der Firma [REDACTED] ein Gewerbe aus. Er hat sich auch unter Verwendung seiner gewerblichen E-Mail-Adresse bei der Firma [REDACTED] angemeldet.

Auch der nachfolgende Schriftwechsel erfolgte auf Seiten des Beklagten unter Verwendung der gewerblichen E-Mail-Anschrift bzw. des Firmenbriefkopfes.

Die Willenserklärung des Beklagten zum Vertragsabschluss ist auch nicht infolge Anfechtung unwirksam geworden, denn ein Anfechtungsgrund liegt nicht vor.

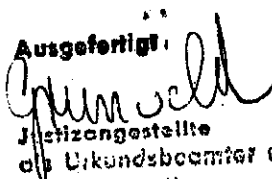
Eine arglistige Täuschung ist nicht ersichtlich, denn die Internetseite enthält, wie dargelegt, einen ausdrücklichen Hinweis auf die Kostenpflicht.

Der Anspruch auf Ersatz vorgerichtlicher Mahnkosten ergibt sich aus §§ 280 Abs.2, 286 BGB, wobei dieser Anspruch in der Anspruchsbegründung auf 2,00 € gegenüber den im Vollstreckungsbescheid noch geltend gemachten 5,00 € reduziert worden ist.

Die Firma [REDACTED] hat ihre Ansprüche aus dem mit dem Beklagten geschlossenen Vertrag am 11.09.2008 an die Klägerin abgetreten. Dies hat die Klägerin durch Vorlage einer entsprechenden Abtretungsvereinbarung nachgewiesen.

Soweit der Beklagte vorträgt, er werde auch von einer Firma [REDACTED] aus demselben Sachverhalt in Anspruch genommen, steht dies der Klageforderung nicht entgegen. Die Klägerin bestreitet eine solche Abtretung. Hier ist nicht ersichtlich, wann eine Abtretung an die Firma [REDACTED] erfolgt sein soll, so dass nicht festgestellt werden kann, dass dies vor dem 11.09.2008 der Fall gewesen ist. Nur dann hätte die Klägerin nicht mehr Forderungsinhaberin werden können.

Die Kostenentscheidung folgt aus § 91 ZPO die Entscheidung zur vorläufigen Vollstreckbarkeit aus §§ 708 Nr. 11, 711, 713 ZPO.

Ausgefertigt:

 Justizangestellte
 als Urkundsbeamtin der
 Geschäftsstelle

